

auroora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

Ausgabe 14 | Januar 2021 | Normalpreis: 1€ | Solipreis: 2€



INHALT DIESER AUSGABE:

Das Desaster der österreichischen Corona-Politik	S. 2
Lockdown Deutschland	S. 4
Gute Vorsätze für's neue Jahr!	S. 5
Interview mit einem Altenpfleger	S. 6
Pandemie? Abschiebungen trotz Lockdowns	S. 9
Pharmaindustrie	S. 10
Ist das Geld an allem Schuld?	S. 14
USA: Sturm aufs Kapitol	S. 16
Brexit	S. 18
Rezension Peter Bierl	S. 22
Veranstaltungen	S. 24

Prosit 2021!

Advent, Advent, die Erde brennt, erst eins, dann zwei, dann drei, dann vier, die Pandemie steht immer noch vor der Tür.

Geschenke fallen dürrtig aus, auf Intensivstationen: echter Graus! Um Masken und Tests gibt's oft Gerangel, an Pflegepersonal herrscht Mangel.

Den Armen nichts als Kurzarbeit und Kündigungen gebührt, doch Subventionen und Finanzspritzen aufwendig geschnürt.

Die Profite der Unternehmer*innen in Watte gehüllt: Der Sack der Bourgeoisie ist prall gefüllt!

Gewinnausschüttungen ungehemmt, Gewerkschaften in Sozialpartnerschaft verklemmt und geschlossene Grenzen obendrein geschenkt.

Silvesterfeier fällt heuer aus, keiner darf raus, alle zu Haus, wieder mal allein vorm Computer sitzen und wegen der nächsten Miete schwitzen.

Für Geflüchtete keine christliche Nächstenliebe, dafür in europäischen Lagern Hiebe. Recht auf Asyl wird nicht gegeben, nur dünne Zelte in Schlamm und Regen.

Message Control und keine Taten, Widersprüche, man riecht den Braten! Doch Fehler machen die Regierungen nicht, wer das denkt, ist ein dummer Weihnachtswicht.

Die nahe Zukunft ist ungewiss, doch zu erwarten: kapitalistischer Beschiss.

Auch wie es mit dem Impfstoff wird gehen, werden wir erst in einigen Monaten sehen.

Wird am Ende der Babyelefant¹ alle retten? Nein, die Arbeitenden selbst werden sprengen ihre Ketten!

¹ Wort des Jahres 2020 in Österreich

Das Desaster der österreichischen Corona-Politik

Nachdem Österreich relativ glimpflich und als selbsternannter Vorzeigeschüler der Welt durch das Frühjahr gekommen ist, hat die zweite Covid-19 Welle zu einer Explosion der Neuinfektionen geführt. Dahinter steht eine gescheiterte Politik der türkis-grünen Bundesregierung von Sebastian Kurz, die sich zwischen unternehmerfreundlicher Politik und dem Abwenden des Kollapses des Gesundheitswesens hin und her bewegt.

Schon im Frühling hat sich gezeigt, dass sich kapitalistische Interessen und Eindämmung der Pandemie nicht vertragen. Erst zwei Wochen nach den ersten Corona-Fällen und zehn Tage nach der Einstufung des Tiroler Ski-Ortes Ischgl als Risikogebiet durch die Isländische Regierung wurden die Lokale geschlossen. Die Eindämmung des Virus sollte den Abschluss der Ski-Saison und die damit verbundenen Profite für die Tourismusindustrie und Seilbahnbetreiber nicht gefährden.

Das Corona-Cluster um das Après-Ski-Lokal „Kitzloch“ in Ischgl konnte sich dadurch unkontrolliert ausweiten, die plötzliche und unkoordinierte Ankündigung der Quarantäne führte zu fluchtartigen Rückreisen und hat maßgeblich zur Verbreitung des Virus auf den Rest Österreichs, aber auch auf viele andere (europäische) Länder beigetragen. Im Sommer wurde die Schuld jedoch den Menschen mit Migrationshintergrund zugeschoben, die das Virus „eingeschleppt“ hätten.

Vom 1. Lockdown zur 2. Welle

Mitte März kam es zum ersten harten Lockdown: Gesetze und Verordnungen über Ausgangssperren, Besuchsverbote und Schließungen von Branchen wurden verhängt, Kindergärten, Schulen und Hochschulen geschlossen und Home-Office – wo möglich – angeordnet, jedoch Unternehmer*innen dazu nicht verpflichtet.

Die strikten Maßnahmen wurden breit befolgt, allerdings auch restriktiv durchgesetzt und oft wurden willkürlich Verwaltungsstrafen verhängt. Mittlerweile hat der Verfassungsgerichtshof die meisten der Gesetze aufgehoben. Dieser restriktive Umgang sowie der einsetzende Sommer drückten die Zahl der Neuinfektionen deutlich nach unten.

Von da an setzte die Regierung trotz zahlreicher Warnungen vor der 2. Welle keine Eindämmungsmaßnahmen mehr, keine Vorbereitungsmaßnahmen und schob die Verantwortung schlichtweg an die Bevölkerung mit dem Credo der Eigenverantwortung ab.

schon nach wenigen Wochen obsolet: ganz Österreich dauerhaft rot. Wer daran schuld ist, wurde uns in zahlreichen Pressekonferenzen mitgeteilt: die Bevölkerung natürlich, die sich in ihrer Freizeit angeblich auf Garagenpartys, Massentreffen und dergleichen das Virus weiterreichte, dass die meisten Ansteckungen jedoch am Arbeitsplatz und in Pflegeeinrichtungen aufgrund des Mangels an Personal und Arbeitsschutz erfolgten, wird dabei geflissentlich verschwiegen.

Anfang November wurde ein unwirksamer softer Lockdown verhängt, was bedeutete, dass Wirtschaft, Arbeit und Kündigungen weiter

« Wer daran schuld ist, wurde uns in zahlreichen Pressekonferenzen mitgeteilt: die Bevölkerung natürlich, [...] dass die meisten Ansteckungen jedoch am Arbeitsplatz und in Pflegeeinrichtungen aufgrund des Mangels an Personal und Arbeitsschutz erfolgten, wird dabei geflissentlich verschwiegen. »

Frei nach dem Motto, wenn ich das Virus nicht sehe, sieht es mich auch nicht und so steuerte die Regierung blind und taub in die 2. Welle.

Nach einem exponentiellen Anstieg seit Juli, waren die Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner*innen im November weltweit die höchsten. Die lange ausgearbeitete Corona-Ampel für die einzelnen Bezirke war

liefen, Soziales und Freizeit jedoch verboten wurden.

Darauf folgte ein harter Lockdown, trotz hoher Infektionszahlen eine Öffnung für das Weihnachtsgeschäft und nach den Ausnahmetagen 24. und 25. Dezember wieder ein harter Lockdown. All dieses Hin und Her konnte die 7-Tages-Insidenz jedoch

nur von 600 auf 150 reduzieren, was weiterhin viel zu hohe Zahlen sind.

Die Farce um das Testen

Seit Sommer funktioniert Testen und Contact-Tracing nicht mehr wie es sollte, das System war schlichtweg überlastet. Eine systematische Teststrategie gab und gibt es nicht.

Kanzler Kurz ist ohne andere zu informieren mit Massentests vor Weihnachten an die Öffentlichkeit getreten. 10 Millionen Tests wurden gekauft, durch das kurzfristige Bestellen mussten 27 Millionen Euro mehr bezahlt werden als in der Slowakei. Das widersprüchliche Verhalten der Regierung, trotz Message-Control gegenüber der Bevölkerung führte dazu, dass sich nur wenig freiwillig testen ließen und schlussendlich nur ca. 2 Millionen Tests gebraucht wurden, die andern sind übrig geblieben. Vielleicht ist auch das

ein Grund für Kurz an seiner Massenteststrategie festzuhalten und als Belohnung die Möglichkeit einzuführen sich Ende Jänner eine Woche früher aus dem Lockdown „freizutesten“. Dieser Plan scheiterte allerdings an der Blockade der Opposition.

nierendem Contact-Tracing und einer nachvollziehbaren Impfstrategie, anstelle einmaliger Momentaufnahmen und unrealistischer Restriktionen.

Österreich und Corona – ein Drama in mehreren Akten ohne Applaus, aber mit vorhersehbarem Ausgang:

« Statt all dem wäre es notwendig systematisch für niedrige Infektionszahlen zu sorgen, durch ein permanentes gratis Testangebot, funktionierendem Contact-Tracing und einer nachvollziehbaren Impfstrategie, anstelle einmaliger Momentaufnahmen und unrealistischer Restriktionen. »»

Statt all dem wäre es notwendig systematisch für niedrige Infektionszahlen zu sorgen, durch ein permanentes gratis Testangebot, funk-

Die Reichen wurden reicher, das Gesundheitssystem steht am Abgrund und die Arbeiter*innenklasse verreckt an dem Virus Kapitalismus.



Lockdown im Privaten, Business as usual...

In der ersten Welle galt Deutschland als Corona-Musterland. Doch die Infektionszahlen stiegen im Herbst heftig. Sie stagnieren jetzt auf hohem Niveau, die Überlastung der Krankenhäuser verschlimmert sich.

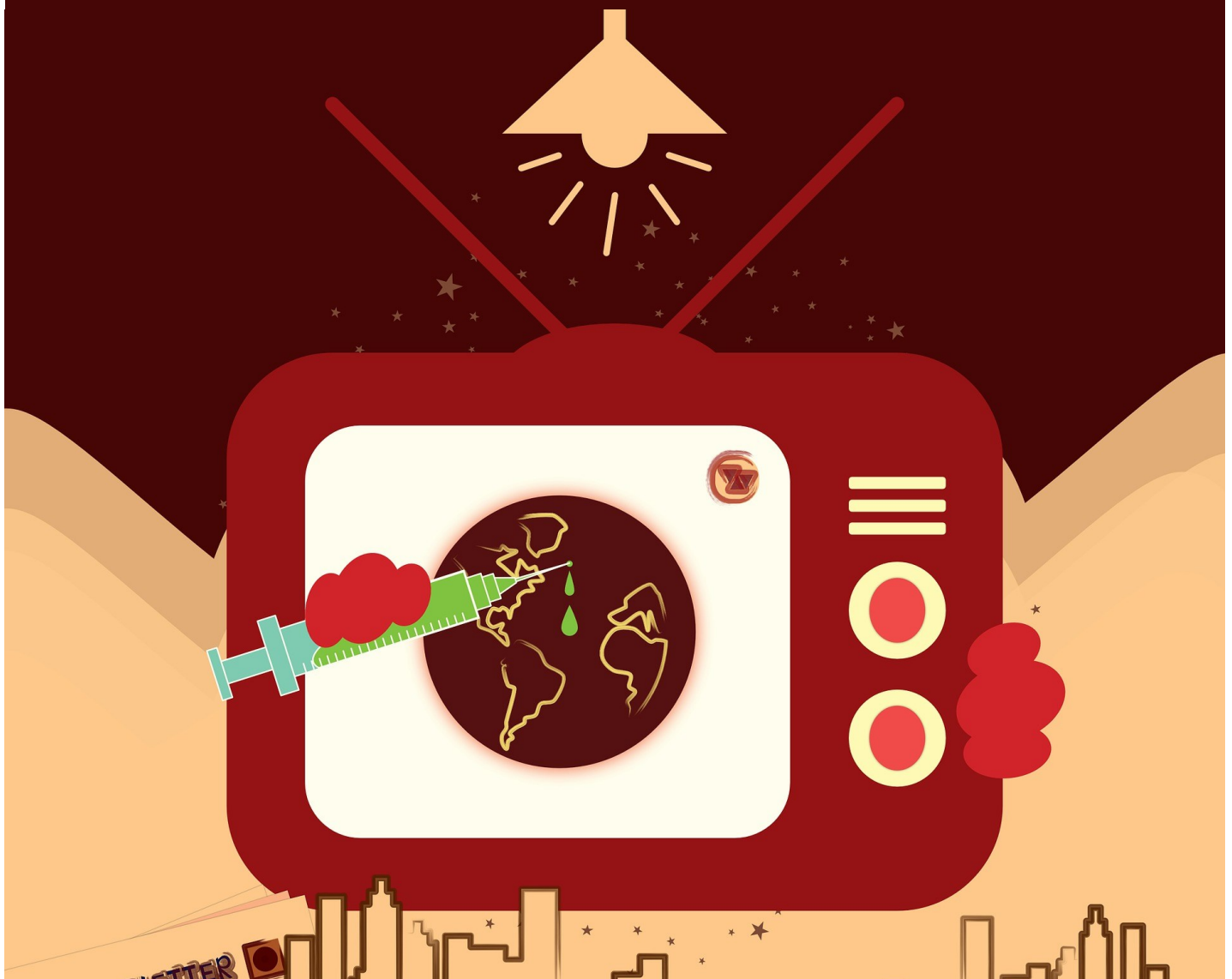
Bei jedem neuen Lockdown-Beschluss wurden private Kontakte weiter eingeschränkt. Die Politik hat immer die starken Großkonzerne im Blick, die am Laufen gehalten werden sollen. Im November erlebten wir den „Lockdown light“. Private Zusammenkünfte wurden eingeschränkt, seitdem sind Kulturbetrieb und Gastronomie geschlossen. Für viele Selbstständige nimmt das Desaster kein Ende... der Einzelhandel, die allermeisten Betriebe und Schulen blieben geöffnet.

Ab Mitte Dezember wurde mit einem „harten“ Lockdown auch der Einzelhandel geschlossen. Und jetzt neu: Noch weniger private Kontakte, Entfernungsbeschränkung auf 15 km in Gebieten mit hoher Inzidenz. Bei Schulen und Kitas ist die Lage unüber-

sichtlich. Alle Maßnahmen sind begleitet von Appellen an die Bevölkerung.

Doch am Arbeitsplatz, wo weiter gearbeitet wird, und auf dem Weg zur Arbeit hat sich kaum etwas geändert. Das Virus kann das Leben in vollen Zügen genießen.

Arbeitende zahlen seit Beginn der Pandemie auf vielfältige Weise. Die Arbeitslosigkeit ist statistisch um 1% gestiegen (auf 5,9%). Tatsächlich sind Menschen mit prekären Jobs, die Jungen und die migrantischen Beschäftigten am Stärksten von Jobverlust betroffen. 2020 war das Jahr der Kurzarbeit. Höchststand war im April mit 6 Millionen; im Oktober waren es immer noch 2 Millionen. Die Anmeldungen von Kurzarbeit steigen wieder. Dazu kommen die massenhaften Entlassungen, die 2020 angekündigt wurden. Neue Umfragen zeigen, dass 40% von Einkommensverlusten betroffen sind. Jeden trifft das unterschiedlich, aber betroffen sind alle.



Gute Vorsätze für's neue Jahr!

Die Corona-Krise beschäftigt uns nun schon seit zehn Monaten. Da hat man echt die Nase voll! In dieser Zeit haben jedoch die kapitalistischen Regierungen wieder und wieder gezeigt, dass sie weder willens noch fähig sind, diese Krise im Sinne der arbeitenden Mehrheit zu lösen. Selbst nach mehreren Monaten Lockdown laufen zahlreiche nicht systemrelevante Betriebe weiter, als wäre nichts gewesen. Viele Unternehmen kassieren staatliche Unterstützungen, etliche von ihnen obwohl sie selbst im Lockdown offen bleiben. Zusätzlich wird Arbeiter*innen gekündigt und oft bereits lang geplante großangelegte Entlassungspläne werden unter dem Vorwand von Corona umgesetzt. Viele prekär Beschäftigte erscheinen dabei noch nicht einmal in der Statistik, obwohl sie besonders betroffen sind.

Um endlich die Infektionszahlen zu senken und zur Entlastung der Krankenhäuser wäre ein organisiertes **Herunterfahren aller nicht systemrelevanter Betriebe** und die **Weiterbezahlung** aller Löhne aus den Profiten der Großkonzerne nötig. Das beinhaltet auch ein **Verbot von Entlassungen**, die **Festeinstellung der prekär Beschäftigten** und auf Stundenbasis beschäftigten Scheinselbständigen bzw. Unterstützung für prekär Arbeitende. Ein **Recht auf Home-Office** überall, wo es technisch möglich ist. In den Bereichen, in denen weiter gearbeitet wird, muss der **Gesundheitsschutz unter die Kontrolle der Beschäftigten** gestellt werden, um wirksame Hygienemaßnahmen und ihre Einhaltung zu garantieren.

Im Bereich der Schulen ist der Zick-Zack-Kurs der Verantwortlichen sowohl für Lehrer*innen und Schüler*innen wie auch für Eltern eine unzumutbare Mehrbelastung. Die Schulen brauchen **mehr Personal**, um die Zusatzbelastung und ihre Folgen abfedern zu können.

Für Eltern ist ein wirkliches **Recht auf Freistellung zur Kinderbetreuung bei vollen Bezügen** notwendig. Home-Office ist keine adäquate Kinderbetreuung – im Gegenteil: die Doppelbelastung wird für viele Arbeitende immer erdrückender und

meist sind es wieder einmal Frauen, die die größte Last übernehmen sollen.

Zur Bewältigung der Gesundheitskrise und als Schutz vor künftigen Krisen braucht es eine **Ausfinanzierung des Gesundheitssystems**. Durch die Einsparungen der letzten Jahrzehnte wird im Gesundheitsbereich schon im „Normal“betrieb ständig an der Grenze des Zusammenbruchs gearbeitet. Es ist dort allerhöchste Zeit für **mehr Personal, höhere Gehälter, bessere Arbeitsbedingungen** und **ausreichend Arbeitsmaterial**.

« Um endlich die Infektionszahlen zu senken und zur Entlastung der Krankenhäuser wäre ein organisiertes Herunterfahren aller nicht systemrelevanter Betriebe und die Weiterbezahlung aller Löhne aus den Profiten der Großkonzerne nötig. »»

Bei den Milliarden an „Hilfsgeldern“, die von den Regierungen in „die Wirtschaft“ gepumpt wurden, fehlt es an Transparenz darüber, wo die Gelder in ihrer Gesamtheit wirklich gelandet sind. Etliche Beispiele zeigen jedoch, dass Großkonzerne, die sich noch vor kurzem stolz mit ihren Milliarden-Gewinnen geschmückt haben, zu den größten Profiteuren

der staatlichen Gelder zählen. Fest steht auch, dass Großunternehmen und Reiche durch die Corona-Krise nicht bedroht sind, während Arbeitende, Arbeitslose und Kleinunternehmen immer massiver unter Druck geraten.

Es ist an der Zeit, dass die Großkonzerne und Superreichen zahlen. Statt ihnen Milliarden an Subventionen zu zahlen, sind **Milliarden für Soziales und Gesundheit** notwendig.

Das Mittel gegen Arbeitslosigkeit einerseits und Überarbeitung andererseits ist eine **Arbeitszeitver-**

kürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Es wird einiges an Selbstorganisation der Arbeitenden und wirklich große gemeinsame Aktionen brauchen, um in dieser Richtung voranzukommen. Aber es wird sich lohnen!

Interview mit einem Altenpfleger: Corona und Pflege

Hallo Thomas, du bist seit über 12 Jahren Altenpfleger in Sachsen in einer Einrichtung mit über 170 Bewohner*innen. Heute wirst du uns etwas über deine Arbeitsbedingungen erzählen. Danke, dass du dir die Zeit dafür genommen hast.

Was hat sich in den letzten Jahren in der Pflege verändert und welche Probleme entstehen dadurch für das Pflegepersonal?

Es fehlt nach wie vor an Fachkräften. Mein Betrieb bildet zwar Azubis aus, aber die meisten bleiben nicht in der Einrichtung, sondern wechseln das Unternehmen, da woanders oft bessere Konditionen angeboten werden. Deshalb wurden vor einigen Jahren mehrere Vietnames*innen als Azubis gewonnen. Das barg vor allem zu Beginn große Probleme, da sie kaum deutsch sprachen. Auch insgesamt hat sich der Anteil an Kolleg*innen mit Migrationshintergrund erhöht, was nicht allen Bewohner*innen und Kolleg*innen gefällt, obwohl viele von ihnen gute Arbeit leisten. Der Fachkräftemangel führt auch dazu, dass es weniger Mentor*innen für die Azubis gibt, was die Qualität der Ausbildung wiederum verschlechtert.

Ansonsten wurde es in den letzten Jahren immer mehr Schreiarbeit, die man zu verrichten hat. Es wurden immer mehr Formulare und Dokumentationsblätter, die man auszufüllen hat, was entsprechend mehr Zeit ins Anspruch nimmt. Das soll zwar der Qualitätssicherung dienen, aber letztlich interessiert

sich kaum jemand dafür.

Was würdest du als größte Arbeitsbelastung ansehen und warum?

Das ist sicherlich die Arbeit in drei Schichten. Der häufige Wechsel stellt eine hohe Belastung für den Körper dar. Anders als bei der

Rollwoche verläuft der Dienstplan nicht nach einem festen Schema. So kann es schon passieren, dass man nach mehreren Nachtschichten nur einen kompletten Tag frei hat und dann wieder arbeiten gehen muss. Oder das man sieben Tage und mehr am Stück arbeiten muss, vor allem wenn in der Grippezeit viele Kolleg*innen krankheitsbedingt ausfallen. Andererseits versucht die Pflegedienstleitung die Dienstwünsche des Personals so gut es geht zu berücksichtigen, was nicht in allen Heimen der Fall ist.

Wie sieht es in deinem Betrieb mit gewerkschaftlicher Organisierung aus?

Es gibt keinen Betriebsrat oder ähnliches. Mir fällt auch kein/e Kolleg/in ein, die/der in der Gewerkschaft wäre. Schon bevor ich vor 15 Jahren im Betrieb meine Ausbildung begonnen habe, soll mein Chef gedroht haben jedem zu

kündigen, der versucht einen Betriebsrat aufzubauen. Auch wenn diese Drohung jeglicher rechtlichen Grundlage entbehrt und man vor jedem Arbeitsgericht recht bekommen würde, hat das doch dazu geführt, dass sich seitdem niemand bereit erklärt hat einen Betriebsrat zu gründen.

« Schon bevor ich vor 15 Jahren im Betrieb meine Ausbildung begonnen habe, soll mein Chef gedroht haben jedem zu kündigen, der versucht einen Betriebsrat aufzubauen. »»

Gibt es ansonsten unter den Kolleg*innen einen Austausch über Missstände oder größere Unzufriedenheit?

Natürlich sprechen wir untereinander über Probleme. Einmal im Monat gibt es auf jeder Station eine Dienstberatung, in der Probleme, Anliegen oder Vorschläge mit der Pflegedienstleitung besprochen werden. Allerdings lässt sich mein Chef dabei nicht blicken. So wird schon seit Jahren gemunkelt, dass nicht alle Probleme, die wir benennen, auch an ihn herangetragen werden, um Konflikte mit ihm zu vermeiden. Er kann sehr schnell jähzornig werden, was einen konstruktiven Austausch sehr erschwert.

Was hat sich unter Corona verändert?

Wir müssen nun ständig eine Maske tragen, was nicht nur im Sommer

unangenehm ist. Sie erschwert auch die Kommunikation mit Schwerhörigen, da die Stimme durch die Maske gedämpft wird. Außerdem kann man schlechter die Mimik erkennen, was für Demente problematisch sein kann.

Gerade zu Beginn der Pandemie litten die Bewohner*innen stark unter Vereinsamung, da gar kein Besuch gestattet war. Die Isolation und der nun noch geringere Input hat dazu geführt, dass bei manchen Bewohner*innen die Demenz schneller voranschritt.

Seit Anfang Dezember muss jeder Angehörige, der zu Besuch kommen will, einem Schnelltest unterzogen werden, was für beide Seiten ziemlich unangenehm ist.

Außerdem brauchen die Tests Zeit, die sowieso schon knapp bemessen ist. Und nach jedem Besuch muss das Besucherzimmer gelüftet und desinfiziert werden.

Wie würdest du die aktuelle Lage in deinem Altenheim beschreiben?

Anfang November ist der Virus bei uns ausgebrochen und mehr als zwei Dutzend Bewohner*innen sind an bzw. mit dem Virus verstorben. Ich arbeite seit mehr als 16 Jahren in der Pflege und es gab auch schon Winter, in denen viele Bewohner*innen gestorben sind. Aber nicht in dem Ausmaß und in dieser kurzen Zeitspanne.

In dieser Zeit mussten alle Pflegekräfte einen gummierten Ganzkörperschutzanzug, FFP2-Masken, ein Visier, Haarnetz und Füßlinge tragen. Man kann sich vorstellen, dass man darin massiv schwitzt. Dazu kam, dass sich auch mehrere Kolleg*innen auf meiner Station infiziert hatten und krank geschrieben waren.

Das führte dazu, dass teilweise im Frühdienst nur noch drei statt fünf oder sechs Pflegekräften da waren. Darunter litt natürlich auch die

Qualität der Pflege, da zeitlich nur noch eine Katzenwäsche drin war und auch sonst die Versorgung auf ein Minimum reduziert werden musste. Ich selbst hatte mich auch infiziert bzw. hatte ich viele der Symptome, konnte bzw. wollte mich aber nicht testen lassen, da schlichtweg kein Personal mehr da war. Und so ging es nicht nur mir, sondern auch einem Freund in der ambulanten Pflege, wo die Pflegekräfte trotz offensichtlicher Symptome weitergearbeitet haben. Sicher hätte man sich krank schreiben lassen müssen, doch wer hätte dann die Bewohner*innen versorgt?!

Glücklicherweise hatte sich Anfang Dezember die Lage soweit wieder beruhigt und die Schutzmaßnahmen wurden wieder etwas gelockert. Wie bereits erwähnt, darf wieder Besuch empfangen werden und auch das Personal muss nicht mehr so massive Schutzkleidung tragen. Beides kam der Stimmung zugute.



Sachsen gilt ja als Hochburg der Coronaleugner*innen. Wie sieht es da bei dir unter den Kolleg*innen aus und hat sich das eventuell seit dem ersten Lockdown verändert?

Niemand hat mehr Lust die Masken zu tragen. Ich trage Bart und durch die Maske fängt es bei Zeiten zu jucken an. Dennoch trage ich die Maske und auch meine Kolleg*innen sehen den Sinn dahinter ein. Was die Coronaleugner*innen betrifft: Eine Kollegin meinte letztens, dass der Virus die ältere Bevölkerung auslöschen soll, um die leeren Rentenkassen zu retten. Sonst weiß ich von zwei Kolleginnen (eine ist Köchin, die andere Altenpflegerin in Elternzeit), die vor allem in den sozialen Netzwerken die krudesten Artikel liken und teilen.

« Ich selbst hatte mich auch infiziert bzw. hatte ich viele der Symptome, konnte bzw. wollte mich aber nicht testen lassen, da schlichtweg kein Personal mehr da war. »

Ich kann das absolut nicht nachvollziehen. Die Köchin hat die Maßnahmen und vielen Toten im Heim selbst mitbekommen, die Altenpflegerin hat das nötige Wissen über Viren und Krankheiten, um die Pandemie nicht einfach als Hirngespinnst abtun zu können. Dennoch tun beide genau das. Diskutieren bringt da auch nichts mehr, da ihre Meinung viel zu gefestigt ist.

Man kann nur hoffen, dass sie

irgendwann einmal zur Vernunft kommen.

Was wäre deine dringendste Forderung, um die Bedingungen in der Pflege zu verbessern?

Das ist natürlich die Aufstockung des Personals. Es fehlt an Fachkräften und auch an ausgebildeten Hilfskräften, da viele von ihnen keine formelle Ausbildung erhalten haben.

Dabei hilft es wenig sie aus den EU-Nachbarstaaten anzuwerben, da diese auch dort benötigt werden. Mehr Personal würde mehr Zeit für die Pflege bedeuten und alle Pflegekräfte entlasten, da die Arbeit durch mehr Personal geteilt würde. Viele verlassen ja die Pflege, weil ihnen der Beruf auf Dauer zu stressig wird. Insgesamt muss die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Privatem verbessert werden.

Es arbeiten viele junge Frauen in der Pflege, von denen viele einmal Kinder bekommen wollen. Das ist aber mit dem Drei-Schicht-Betrieb kaum zu bewerkstelligen. Da müssen unbedingt Konzepte erarbeitet werden, wie man die Kinderbetreuung während der Arbeitszeit gewährleisten kann, z.B. durch Tagesmütter, die vom Heim bezahlt werden.

Was den Wohnbereich betrifft: Das Haus wurde vor über 20 Jahren gebaut und vieles der Technik und Arbeitsgeräte ist veraltet, reparaturbedürftig oder defekt. Statt diese zu ersetzen und das bestehende Personal zu entlasten, kauft mein Chef aber lieber andere Pflegedienste auf, wo genau die gleichen Probleme auftreten bzw. schon bestehen.

Schulöffnungen in Berlin

Am 14.12 wurde den Berliner Schulen ein klarer Fahrplan vorgegeben. Nach den Ferien sollte in der ersten Woche zu Hause gelernt werden und danach die Schulen selbst entscheiden, ob sie Wechselunterricht (eine Hälfte der Klasse in der Schule, die andere lernt zu Hause) anbieten.

Am 6. Januar war plötzlich alles anders: ab dem 11.01 sollten Abschlussklassen in geteilten Gruppen zur Schule kommen - Präsenzunterricht trotz verschärftem Lockdown. Die Gewerkschaft GEW sprach sich wegen des Drucks ihrer Mitglieder deutlich gegen diese Schulöffnung aus. Auch dutzende Schulen verweigerten die Umsetzung des Beschlusses.

Nach zwei Tagen musste die Bildungsverwaltung einlenken und ihren Beschluss vorerst zurücknehmen. Lernen funktioniert auch für den Senat, aber nur wenn Menschen aktiv werden.



Pandemie? Abschiebungen trotz Lockdown

Am 17. Dezember jährte sich der Beginn des arabischen Frühlings zum zehnten Mal. In vielen Ländern hat die brutale Repression die Situation nach den Revolten extrem verschlimmert. Welch Ironie, dass das deutsche Innenministerium am 17. Dezember die seit März ausgesetzten Abschiebungen nach Afghanistan wieder aufnahm.

Am 17. Dezember startete ein Flieger mit 30 abgelehnten Asylbewerbern nach Kabul. Während die zweite (oder dritte?) Welle der Pandemie die Lage in Deutschland und Österreich angespannter denn je gestaltet, werden Menschen in ein Land ausgewiesen, das schon vor der Pandemie als schlimmstes Kriegsland der Welt galt.

Afghanistan, über das hierzulande euphemistisch gerne als „fragil“ oder „instabil“ berichtet wird, darf nun wieder Flugzeuge aus Deutschland und auch Österreich empfangen und es heißt von Seiten der Entscheidungsträger*innen, die Betroffenen seien fast alle vorbestraft oder sogar Gefährder. Der Deckmantel der Kriminalität oder der Gefährdung der inneren Sicherheit wird immer wieder als Ausrede genommen, Menschen abzuschieben. Terroranschläge, wie unlängst in Wien oder Paris, befeuern diese Prozesse von Ausweisung und Verschärfung extrem.

Die konkreten Folgen der in manchen Ländern dem Arabischen Frühling folgenden Repression, sind ausschlaggebend für die Situation in Syrien oder Libyen und beeinflussen natürlich bereits existierende Fluchtgründe, die der europäische Imperialismus selbst hervorgerufen hat - Armut, Hungersnöte und Kriege, deren Ursachen in der Ausbeutung und Umweltzerstörung durch kapitalistische Großmächte liegen.



Doch wurde in Deutschland auch das ist ja mit dem Dubliner Abentschieden, den seit 2012 geltenden Abschiebestopp nach Syrien ab 2021 aufzuheben. Warum ist nicht klar, denn es gibt keinen Anlass, davon auszugehen, dass sich die Lage entschärft hat.

Mensch braucht auch gar nicht so weit zu schauen, erreichten uns doch in den letzten Tagen und Wochen Bilder über die Lage in den Geflüchtetenlagern in z.B. Lipa in Bosnien-Herzegowina, das Ende 2020 abbrannte und mehr als 900 Geflüchtete noch obdachloser als vorher hinterlässt. Die Länder in der Mitte der EU schauen entspannt zu und warten, dass die Probleme an den Außengrenzen sich von alleine lösen. Aufnahmen wolle man keinen,

kommen gut geregelt, müssen die Menschen doch da Asyl beantragen wo sie erstmals in die EU eingereist sind, und das passiert halt außen häufiger als innen, Zufälle gibt's.

Ob nun Lipa oder Moria, die Umstände sind verheerend und können so nicht weiter akzeptiert werden - genau wie in Syrien oder Afghanistan.

Zehn Jahre nach dem arabischen Frühling ist vielleicht auch wieder Zeit für eine länderübergreifende Bewegung, diesmal in Europa und gemeinsam. Mensch wird ja noch träumen dürfen.

Die Geschäfte der Pharmaindustrie

Das Jahresende erlaubte ein paar Träume: Die ersten Impfstoffe gegen Covid-19 waren in unglaublich kurzer Zeit einsatzbereit. Eine sichere Impfung könnte die nötige Immunisierung eines Großteils der Bevölkerung bringen, Kontakte wieder ermöglichen, die Zahl der Erkrankten minimieren und die Beschäftigten in den Krankenhäusern entlasten. Aber dieses Wettrennen um den Corona-Impfstoff ist auch eine Lektion in Sachen Kapitalismus und was mit diesem Wirtschaftssystem nicht stimmt.

Es geht um Gewinne, nichts Neues, so kennen wir die Pharmabranche. Wenn es um Krankheiten wie Malaria geht, haben sie bislang keinen vergleichbaren Ehrgeiz gezeigt. Heute räumen Wirtschaftsvertreter*innen vereinzelt ein, dass seit dem SARS-Ausbruch 2002 mehr in die Erforschung der Corona-Viren hätte investiert werden sollen. Danke für diese Erkenntnis, sie hat Menschenleben gekostet.

Wer ist ganz vorne beim Wettrennen dabei?

In der EU ist mit Stand Anfang Januar der Impfstoff von BioNTech zugelassen. Er basiert auf einer neuen Technologie auf mRNA-Basis. BioNTech ist ein bislang kleines deutsches Biotechunternehmen mit Sitz in Mainz. Es ist seit zwei Jahrzehnten in der Pharmaforschung aktiv, vor allem in der Erforschung von Krebstherapien auf der Basis der mRNA-Technologie. BioNTech ist eine Kooperation mit dem US-Unternehmen Pfizer, einem der größten Pharmariesen der Welt, und dem chinesischen Unternehmen Fosun Pharma eingegangen.

Anfang Januar ist auch der Impfstoff des US-amerikanischen Unternehmens Moderna in der EU zugelassen worden. In den USA und Großbritannien wird mit diesem Impfstoff schon geimpft. Auch der Impfstoff von Moderna basiert auf mRNA-Technologie.

Auf den Zielgeraden sind außerdem das schwedisch-britische Unternehmen AstraZeneca (in Kooperation mit der Universität Oxford) und Johnson & Johnson aus den USA mit Impfstoffen, die nach den herkömmlichen Methoden hergestellt werden. Weitere Unternehmen haben Zulassungen in anderen Teilen der Welt oder stehen kurz davor.

stoffentwicklung gegen Covid-19 verlief zwar schon außergewöhnlich schnell im Vergleich zur Vergangenheit, aber wieviel schneller ginge es, einen wirksamen und sicheren Impfstoff zu entwickeln, zu produzieren und zu verteilen, wenn stets alles Wissen auf dem Tisch läge und frei genutzt werden könnte?

Sowas ist unvorstellbar im Kapitalismus. Zwischen den

« Doch stattdessen lassen sich die beteiligten Firmen jeden Schritt in der Herstellung der Impfstoffe patentieren und halten die Hand drauf. Das ist der Zynismus kapitalistischer Verhältnisse. »

Mit Stand Anfang Januar 2021 sind 244 Corona-Impfstoffprojekte bekannt. Im Dezember 2020 war von 446 Wirkstoffkandidaten zur Behandlung von Covid-19 die Rede. Praktisch alle Großen der Pharmabranche sind beteiligt. Alle versuchen beim Wettrennen vorne dabei zu sein.

Konkurrenz bleibt

Aber unter kapitalistischen Bedingungen ist genau das ein Hindernis: Man fragt sich, warum nicht alle diese Unternehmen offen zusammen arbeiten? Warum sind Studiendaten und Wirkstoffkombinationen nicht jederzeit für alle offen zugänglich? Die Impf-

Konzernen herrscht unerbittlicher Wettbewerb. Es geht um Patente, „geistiges Eigentum“ und Gewinne. Die kapitalistischen Regeln werden auch in diesen Krisenzeiten nicht außer Kraft gesetzt. Den Ersten, die einen wirksamen Impfstoff vorweisen können, winken ein gigantischer Markt, enorme Gewinne mit dem Impfstoff und Wissen, das sich für andere Impfstoffe und Therapien zu Geld machen lässt.

Es droht Profit-Adipositas

Es geht jetzt und die nächsten Jahre um Milliarden Impfdosen weltweit. Schon im Sommer 2020, als noch unklar war, welche Impfstoffe das Rennen machen werden, haben die

Industriestaaten und die EU jeweils Lieferverträge mit den Pharmafirmen über Milliarden an Impfdosen abgeschlossen.

Die Verhandlungen und Inhalte der Lieferverträge sind größtenteils geheim. Und so erfuhr man nur durch einen Zufall, wie groß die Preisspannen sind. Die EU soll mit BioNTech 12 € pro Impfdosis vereinbart haben, mit Moderna 15 €, mit AstraZeneca 1,78 €. AstraZeneca hat früh zugesichert, keine Gewinne machen zu wollen. In diese „Großzügigkeit“ haben sie sicher künftige Geschäfte eingepreist. Israel soll an BioNTech 23 € für eine Dosis bezahlt haben... Wer bekommt was, in welcher Menge und wie schnell? Alles eine Frage des Preises, das ist nachvollziehbare kapitalistische Logik.

Wall-Street-Analyst*innen kalkulierten im Dezember, dass Pfizer und Moderna allein in diesem Jahr 32 Milliarden Dollar mit dem

Covid-19-Impfstoff machen werden. Das ist on top zu dem, was schon letztes Jahr damit verdient wurde und 2022 und 2023 noch kommen wird. Pfizer wird sich den Gewinn mit BioNTech teilen.

Investor*innen sehen aber auch die Potentiale für viele weitere Impfstoffe und Therapien, die auf der neu und massenhaft angewendeten mRNA-Basis auf den Markt kommen könnten. Die Ergebnisse aus dem Corona-Wettrennen sind wahrscheinlich ein Schub für die Pharma- und Biotechbranche. Sie könnten ein Segen für die Menschheit sein... Doch stattdessen lassen sich die beteiligten Firmen jeden Schritt in der Herstellung der Impfstoffe patentieren und halten die Hand drauf. Das ist der Zynismus kapitalistischer Verhältnisse.

Lässt sich dieses profitorientierte Gebaren mit hohen Entwicklungskosten und wirtschaftlichen Risiken rechtfertigen? Die Staaten spielen

eine zentrale Rolle bei der Entwicklung und Produktion der Covid-19-Impfstoffe. Deutschland hat alleine 750 Millionen € direkt für Forschung an BioNTech und die beiden anderen deutschen Unternehmen IDT und Curevac zur Verfügung gestellt. Bei Curevac stieg die Bundesrepublik zudem für 300 Millionen € zur Unterstützung ein.

Die USA haben das Programm „Operation Warp Speed“ aufgelegt, aus dem bereits viele Milliarden an verschiedene Unternehmen für Forschung und Produktion geflossen sind. Es ist in der Pharmabranche üblich, dass Forschung und Entwicklung mit öffentlichen Geldern finanziert werden; sei es über Subventionen, Öffentlich-Private-Kooperationen oder weil die Grundlagenforschung ohnehin an den Universitäten läuft.

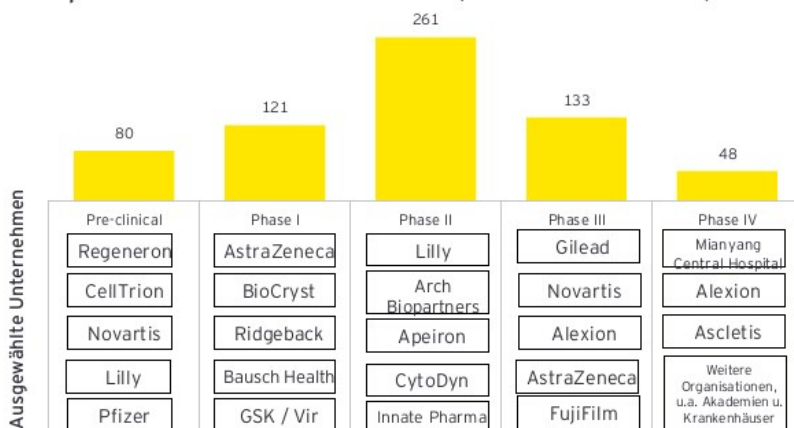
Ein Rennen, bei dem die ärmeren Länder den Kürzeren ziehen

Die reichen Industriestaaten, die

Therapeutika zur Behandlung von COVID-19

446 therapeutische Wirkstoffkandidaten in der Pipeline

Therapeutische Wirkstoffkandidaten (Stand: 01.12. 2020)



- ▶ 446 Therapeutika potenziell wirksam gg. COVID-19, von denen 31 bereits in anderen Indikationen zugelassen sind oder sogar bereits als Generika vorliegen
- ▶ ~350 Therapeutika sind in Phase II oder III und somit nahe an der Zulassung
- ▶ Zumindest für 3 der Therapeutika werden relevante Daten im Laufe dieses Jahres erwartet

Therapeutische Wirkstoffkandidaten

- ▶ Gilead hat für seinen antiviralen Wirkstoff **Remdesivir**, eine Emergency Use Authorization bekommen in ~ 50 Ländern weltweit - inzwischen warnt die WHO aber vor dem Einsatz
- ▶ Seit dem 25. Mai hat die WHO die Testung von **Chloroquin/Hydroxychloroquin** aufgrund erhöhter Risiken ausgesetzt

Treatment status (%)



1: Includes fusion inhibitor, immune modulator, neuramin ribonucleoside, enzyme inhibitor, kinase, exoribonuclease

Source: biorender, bio.org, Milken Institute; as of 01 December 2020, numbers will not match with the total as there are overlapping drug candidates which are considered separately, in all phases as stated on the website. E.g., drugs in Phase 1/2/3/4; Phase 1/2/3; Phase 1/2 etc. are considered in all the phases, hence the total number may exceed 446



14 % der Weltbevölkerung ausmachen, haben sich bereits mehr als die Hälfte der nach aktuellem Stand potentiell lieferbaren Impfdosen gesichert.

Der Präsident der Afrikanischen Union beklagte jüngst, dass Pfizer/BioNTech gerade mal 50 Millionen Dosen für Krankenhausbeschäftigte nach Afrika zwischen März und Jahresende (2021!) liefern will. Moderna wird demnach erstmal nicht an afrikanische Länder liefern, bislang auch nicht AstraZeneca, jedenfalls nicht dieses Jahr, womöglich könnte ein indischer Lizenznehmer was schicken...

Für viele ärmere Staaten ist ungewiss, ob und wann es Impfungen geben wird, falls sie das überhaupt bezahlen können. Eine Studie vom letzten Dezember kommt zu dem Ergebnis, dass die Impfplattform COVAX der Weltgesundheitsorganisation gerade mal 500 Millionen Dosen für weltweite Impfkampagnen sichern konnte. „Patente blockieren die Produktion,

ermöglichen hohe Preise und riskieren die Versorgung von Menschen gerade in den ärmeren Ländern“, so die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“.

COVAX, diverse NGOs und Staaten haben bereits zig Appelle an die Großmächte und Pharmaunternehmen gerichtet, ohne Erfolg. Es fehlt nicht an Gesetzen und internationalen Abkommen, die es ermöglichen, im Fall einer weltweiten Pandemie die Pharmaunternehmen zur Offenlegung von Wissen und Vergabe von Lizenzen zu zwingen.

Aber die Großmächte lehnen das ab. Auch Deutschland! Deutschland ist zwar bereit, ein paar hundert Millionen für die weltweite Verteilung von Impfstoffen zur Verfügung zu stellen. Auch die Pharmaunternehmen sind ein bisschen bereit für Lieferungen... irgendwann. Aber das ist erstens ein Tropfen auf den heißen Stein und zweitens gibt es – bislang – nicht genug zum Verteilen!

Zur Bekämpfung der Pandemie: Offenlegung aller Daten und Entzug der Patente!

Offensichtlich sind jetzt die Produktionskapazitäten ein Problem. Selbst für ein so reiches Land wie Deutschland zeigt sich das.

Angenommen, das Wissen um die Wirkstoffkombinationen und den Herstellungsprozess der Impfstoffe wäre frei verfügbar und nutzbar, könnten dann nicht schneller weltweit größere Kapazitäten aufgebaut und damit die Pandemie so schnell wie nur möglich bekämpft werden? Aber wenn sich beispielsweise BioNTech jeden Schritt der Impfstoffproduktion patentieren lässt, dann haben sie weltweite Exklusivität. Indem sie auf ihren Patenten bestehen, behindern sie so die Bekämpfung der Pandemie.

Sicher, Impfstoffproduktion und Verteilung sind alles andere als trivial. Aber BioNTech hat erst im September eine Fabrik von Novartis im Pharma-Speckgürtel von Marburg aufgekauft und stellt nun in

Rekordzeit die Produktion um. Angenommen, das fände so schnell an vielen Ort der Welt statt...

Der Entdecker des Polio-Impfstoffs erklärte seinerzeit, dass dieser den Menschen gehören soll. Es gäbe kein Patent. „Könnte man die Sonne patentieren?“, fragte er.

Die Gier nach Gewinnen - eine kapitalistische Pandemie, die auch besiegt werden muss

Die Pharmabranche gehört zu den profitabelsten Branchen. Ein Journalist des Handelsblattes meint zu den Renditen, also den Gewinnen aus investiertem Kapital: *„Oh, die sind deutlich, ja wirklich deutlich höher als in anderen Branchen. Also das habe ich mir die letzten Jahre schon angeschaut, also lange vor COVID-19. Also Nettoumsatzrenditen von 20, ja sogar 30 Prozent sind keine Seltenheit. Also das bedeutet nichts anderes, als dass bei Pharmakonzernen oft 20 oder 30 Prozent vom Umsatz als Reingewinn, wirklich als Reingewinn übrigbleibt.“*

Zum Vergleich: Man geht davon aus, dass in der sehr profitablen Automobilbranche die Umsatzrenditen in normalen Zeiten unter 10 % liegen. Die 10 größten Pharmaunternehmen machten 2019 einen Reingewinn von 106 Milliarden Dollar.

Seit einigen Jahren ist eine deutliche Verschiebung zu neuen und sehr teuren Medikamenten zu sehen, die sehr großen Einfluss auf den Umsatz

Nebenwirkungen von Therapeutika werden heruntergespielt. Die Medikamentenskandale nehmen kein Ende.

« Für viele ärmere Staaten ist ungewiss, ob und wann es Impfungen geben wird, falls sie das überhaupt bezahlen können. »»

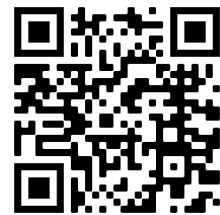
haben. Die Pharmabranche setzt stark auf sogenannte Blockbuster.

Auch neue Krebstherapien und Arzneimittel gegen seltene Krankheiten („Orphan Drugs“) spielen eine zentrale Rolle. Wegen der Patente haben die Unternehmen faktisch das Recht, die Preise bei Markteinführung zu bestimmen. Und was die Konzerne da betreiben, ist schamlos und nur auf Extraprofite ausgerichtet. Eine internationale Studie der Universität Zürich kam Anfang 2020 zu dem Schluss, dass *„es keinen Zusammenhang zwischen dem klinischen Nutzen und den Kosten eines [Krebs-]Medikamentes gibt.“*

Auch der Einfluss der Pharmaindustrie auf Studien und Normwerte mit dem Ziel, möglichst viel an Medikamenten mit langer Einnahmezeit verkaufen zu können (z.B. bei Blutdruck- und Cholesterinsenken), ist bekannt.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bringen immer wieder großartige Erkenntnisse und Therapien hervor. Aber die Profitgier der Unternehmen gefährdet Gesundheit und Leben der Menschen weltweit. Was für ein Alptraum. Die Forschung und Produktion in die Hände der Bevölkerungen, das ist vielleicht – noch – ein Traum, aber einer, der unbedingt real werden muss.

Mehr zur Pharmaindustrie findet ihr hier:



Ist das Geld an allem Schuld?

Money makes the world go around...“ — „Das Geld regiert die Welt.“ — Viel Wahres liegt in solchen Sprüchen, wenn damit gemeint ist, dass die Superreichen — das Großkapital — in unserer Gesellschaftsordnung das Sagen haben und die (bürgerliche) Demokratie zu weiten Teilen nur auf dem Papier steht. Weil diejenigen, die viel Geld haben, auch viel mehr Einfluss auf politische und wirtschaftliche Entscheidungen nehmen können, als die Wähler*innen, die nur alle 4 oder 5 Jahre ein Kreuz machen dürfen.

Doch oft wird in einer verkürzten Sichtweise das Geld selbst verantwortlich gemacht für Ungerechtigkeit und Ausbeutung in der Welt. Bringt das Geld, das für die allermeisten Menschen immer knapp ist, nicht Geldgier mit sich? Neid, Missgunst und Egoismus?

Der Journalist Paul Schreyer, der 2016 ein interessantes Buch über die Geldschöpfung privater Banken veröffentlicht hat, kommt zu der Schlussfolgerung „Alle Macht in der Gesellschaft läuft auf zwei Fragen hinaus: Wer darf das Geld erschaffen? Und wer entscheidet über seine Verwendung?“¹

Die Tatsache, dass Geld (aktuell eher weniger, aber das ist eine andere Geschichte) Zinsen abwirft, wenn es verliehen wird oder zur Bank gebracht wird, scheint manchen auch die Ursache für Bereicherung und Ausbeutung zu sein.

Eine kurze Geschichte des Geldes

Seit die Menschheit in grauer Vorzeit die Arbeitsteilung entwickelt hat (Voraussetzung für immense Fortschritte in Technik und Produktivität) stellt sich die Frage, wie die Menschen mit den Dingen versorgt werden, die sie brauchen, aber nicht mehr selbst herstellen.

Das kann durch gesellschaftlich organisierte Zuteilung oder über Tausch passieren. Schnell entwickelten sich die menschlichen Gemeinschaften immer mehr zu

warenproduzierenden Gesellschaften, wo also Produkte hergestellt werden, um „zu Märkte getragen“ zu werden. In welchem Verhältnis werden aber dort unterschiedliche Produkte getauscht, also wie viel Getreide muss ich etwa für ein Paar Schuhe hergeben? Da es zudem unpraktisch war, nur jeweils einzelne Produkte gegeneinander tauschen zu können, bildete sich eine Ware heraus, die sich gegen alle anderen eintauschen ließ: das Geld.

zum Zirkulationsmittel eine zeitliche Distanz zwischen Kauf/Verkauf und Zahlungsabwicklung ermöglichte, also auch die Vergabe von Krediten.

Zunächst fungierte oft die Ware, die in der jeweiligen Gesellschaft am meisten gehandelt wurde, als Geld. So unterschiedliche Dinge wie Getreide, Vieh, Muscheln, etc. haben diese Funktion übernommen. Edelmetalle stellten sich letztlich als

**« Es ist nicht das Geld als
Versinnbildlichung des Reichtums, das
Schuld ist an der Ungerechtigkeit, sondern
die Ungerechtigkeit ist in den
gesellschaftlichen Verhältnissen begründet,
die für Reichtum und Armut verantwortlich
sind: das kapitalistische Privateigentum an
den Produktionsmitteln... »»**

Es wurde zum Wertmaßstab für alle anderen Waren, die nun einen Geldpreis bekamen, und zum Zirkulationsmittel für den Waren-umlauf. Außerdem war es sinnvoll, wollte man für die Zukunft vorsorgen, gerade diese Ware zu horten, da sie sich ja in alle anderen Dinge verwandeln ließ.

Geld wurde zur Schatzbildung verwendet und zum Sinnbild von Reichtum. Als weitere Funktion entwickelte sich das Geld zum Zahlungsmittel, was im Unterschied

beste Geldware heraus: Sie sind lange haltbar, beinhalten viel Wert in einem kleinen Volumen und lassen sich beliebig aufteilen.

Anfangs wurden Gold und Silber einfach nach Gewicht getauscht, aber staatlich geprägte Münzen mit einem garantierten Gewicht vereinfachten den Zahlungsverkehr.

Da der Staat nun also durch seine Prägung den Wert des (Metall-) Geldes garantierte, konnte ein weiterer Schritt getan werden: Papierscheine konnten vom Staat

(oder von Bankhäusern) demgemäß „geadelt“ werden, dass ihr Wert und ihre Umtauschmöglichkeit in Metallgeld garantiert wurden. In den letzten 200 Jahren hat sich die Verwendung von Banknoten immer mehr verallgemeinert und dann auch die Bedeutung von immateriellem Geld (Buchgeld oder Giralgeld, das beispielsweise auf dem Girokonto vorhanden ist) immer mehr zugenommen. Sobald die Geldware nicht mehr durch ihren Herstellungsprozess eigenen Wert besaß, stellten sich neue Probleme der Geldwertstabilität, die wir aber in diesem Artikel nicht behandeln wollen.

Ein Ende der Ausbeutung

Aus einer warenproduzierenden Gesellschaft, umso mehr aus der kapitalistischen Marktwirtschaft, lässt sich das Geld nicht wegdenken. Wir brauchen es, um Werte zu messen, Zahlungen abzuwickeln und uns mit Dingen zu versorgen. Wenn Tauschringe größer würden als

kleine Nischenentwicklungen, würden sie alle Entwicklungen des gewohnten Geldes wiederholen. Es ist nicht das Geld als Ver sinnbildlichung des Reichtums, das Schuld ist an der Ungerechtigkeit, sondern die Ungerechtigkeit ist in den gesellschaftlichen Verhältnissen begründet, die für Reichtum und Armut verantwortlich sind: das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln, also die private Verfügung über Betriebe, Infrastruktur und damit insbesondere über Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen.

Dass „Geld arbeitet“, wie es in der Sprache der Investor*innen heißt, liegt daran, dass man in dieser Gesellschaft Geld, sobald es in größerer Menge vorhanden ist, in Kapital verwandeln kann, es also investieren kann, damit es sich vermehrt.

Das Geheimnis dieser wundersamen Vermehrung hat Karl Marx entschlüsselt: Es liegt nicht in der

Zinszahlung von Banken, sondern in der Ausbeutung der Arbeitskräfte im Produktionsprozess, in der Schaffung von *Mehrwert*. Umgekehrt ist die Zinszahlung der Banken abhängig von der Mehrwerterzeugung innerhalb der Produktion. Keine Änderung in der Geldpolitik oder in der Art und Weise der Geldschöpfung würde daran etwas Grundsätzliches ändern.

In einer sozialistischen Gesellschaft würde die Produktion all dessen, was wir brauchen, demokratisch von allen Mitgliedern der Gesellschaft geplant und kontrolliert.

Damit verschwinden Ausbeutung und Ungerechtigkeit! Und wenn diese Gesellschaft es schafft, alle menschlichen Bedürfnisse nachhaltig zu befriedigen, dann wird auch das so oft knappe Geld aus der menschlichen Geschichte verschwinden.

1 https://www.youtube.com/watch?v=GOT_NmXjPxO, Min. 34:10



Trump stiftet Unterstützer*innen zum Sturm auf das Kapitol an

Der Artikel ist erschienen zuerst auf www.speakoutsocialists.org am 06.01.2021.

Am 6. Januar, als der Kongress die Stimmen des Wahlleutokollegiums für den neuen Präsidenten bestätigen sollte, stürmten Scharen von Trump-Anhänger*innen die Stufen des Kapitols in Washington, D.C. und versuchten, die Mitglieder des Kongresses einzuschüchtern, um die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl 2020 für ungültig zu erklären.

Es begann mit einer Kundgebung namens „Save America“, bei der Trump und seine Kumpane eine Menge von 10.000 Anhänger*innen mit Lügen und Übertreibungen über die Glaubwürdigkeit der Wahl aufpeitschten und immer wieder warnen, dass ihnen die sogenannte Demokratie gestohlen werde und geschützt werden müsse. Trumps Anwalt Rudy Giuliani rief in seiner Rede auf der Kundgebung sogar der Menge zu, dass es Zeit sei, „durch Kampf Recht zu sprechen“.

Zur gleichen Zeit verteidigten im Innern des Kapitols mehr als hundert republikanische Senator*innen und Abgeordnete Trumps unbelegte Behauptungen über einen Wahlbetrug. Ihr politisches Theater ist dabei nichts anderes als der erbärmliche Versuch, ihre Loyalität für Trump zu demonstrieren, in der Hoffnung, dass ihnen das bei einer zukünftigen Wiederwahl helfen wird.

Nach der Kundgebung und nachdem sie von Trump angestachelt wurden, marschierten Tausende der Teilnehmer*innen zum Kapitol-Gebäude, erstürmten die Stufen und brachen zu Hunderten in das Gebäude ein, zerbrachen Fenster und randalierten in den Büros und den Fluren des Senats. Politiker*innen, Kapitol-Mitarbeiter*innen und Journalist*innen gingen in Deckung.

Mindestens eine Trump-Protestlerin wurde von der Kapitol-Polizei erschossen, als sie versuchte durch ein Fenster zu klettern. Ihr Blut klebt an den Händen Trumps und der republikanischen Senator*innen und Abgeordneten, die diesen Protest bestärkten.

Es ist leicht, viele der Demonstrant*innen voll Verachtung zu betrachten, die meisten von ihnen als wahnhaft, rassistische oder waffenbesitzende weiße Männer abzutun und alle typischen Klischees zu wiederholen. Immerhin bekennen sich einige von ihnen sogar offen dazu, dass sie Mitglieder von rechtsextremen, rassistischen, weiß-nationalistischen und neofaschistischen Gruppen sind, wie den „Proud Boys“, „Three

weil sie all die Lügen von Trump und seinen Kumpanen geschluckt haben.

Dieser Protest kam nicht aus heiterem Himmel. Trump und viele republikanische Politiker*innen haben mit den Ängsten vieler Menschen gespielt und diese Wahl seit Monaten als Betrug bezeichnet. Also folgten sie Trumps Ruf – dem Ruf ihres Präsidenten – nach Washington zu kommen, um die Demokratie zu retten. Einige sind eindeutig weiße, nationalistische Neo-Faschisten. Aber die meisten suchen nur verzweifelt nach einem Halt. Und Trump bietet ihnen eine Art von Hoffnung, oder zumindest eine Form des Aufbegehrens gegen ein System, das Chaos und Leid in ihr Leben gebracht hat.

« Aber die meisten suchen nur verzweifelt nach einem Halt. Und Trump bietet ihnen eine Art von Hoffnung, oder zumindest eine Form des Aufbegehrens gegen ein System, das Chaos und Leid in ihr Leben gebracht hat. »»

Percenters“, den „Oathkeepers“ und anderen Gruppen mit abstoßenden rechtsextremen Ideen. Doch viele andere der Beteiligten würden solche Ideen ablehnen und waren nur dort,

Seit Jahren werden sie von diesem System im Stich gelassen, das die Superreichen auf Kosten aller arbeitenden Menschen noch reicher gemacht hat. Dies System hat etliche

dieser Menschen arbeitslos gemacht, ihre Löhne oder Renten gekürzt, ihre Lebenshaltungskosten in die Höhe getrieben, ihr Renteneintrittsalter angehoben und ihre Zukunft noch unsicherer gemacht, so wie es das mit der gesamten Arbeiter*innenklasse getan hat. Wie viele arbeitende Menschen im ganzen Land haben auch viele dieser Demonstrant*innen ansehen müssen, wie Arbeitsplätze und Stabilität aus ihren Gemeinden verschwanden. Und seit Jahren konnten sie zusehen, wie Politiker*innen und Regierung alle möglichen Versprechungen machten und keine davon gehalten haben, während sie zugleich die Banken und Großkonzerne auf Schritt und Tritt unterstützten.

Aber anstatt dass sich ihre verständliche Wut gegen das System richtet und sie zusammenfinden mit anderen Arbeitenden, die ähnliche An-

griffe erlebten, wurden sie von Trump über den Tisch gezogen. Ihre Wut wurde umgedreht, mit Rassismus versetzt und auf Immigrant*innen, Frauen und Muslime gelenkt. Sie wurde durch Trumps Lügen über das Coronavirus noch verstärkt und auch gegen Wissenschaftler*innen und Gesundheitsexpert*innen gerichtet. Und nun hat Trump dies alles kanalisiert in seinem letzten verzweifelten Versuch an seinem Amt festzuhalten, indem er die Wahl als Betrug darstellte.

[...]

Dieser Protest spiegelt die wachsende Spaltung in der Bevölkerung, insbesondere in der Arbeiter*innenklasse, wider. Wir stecken in einer Situation fest, in der die meisten Menschen keine Alternative dazu sehen, einem System zu dienen, das ein paar Wenige auf unsere

Kosten reich macht.

Unsere Herausforderung besteht darin, die Welt so zu sehen, wie sie ist, und uns nicht auf die politische Auswahl zu beschränken, die von den Demokrat*innen und Republikaner*innen angeboten wird. Uns eint ein gemeinsames Interesse aller arbeitenden Menschen, unabhängig davon, wo sie arbeiten, woher sie kommen oder wie sie aussehen. Wir haben die Wahl: Entweder wir erkennen unsere gemeinsamen Interessen und kommen zusammen, oder wir lassen uns weiterhin von den Machthaber*innen gegeneinander ausspielen und ziehen uns dabei gegenseitig herunter.

Die Entscheidung sollte klar sein.



Brexit: Eine weitere Grenze für die Arbeiter*innenklasse – nicht für das Kapital.

Seit dem 31. Dezember 2020 um Mitternacht Brüsseler Zeit, 23.00 Uhr britischer Zeit, hat das Vereinigte Königreich die letzte Verbindung zwischen sich und der Europäischen Union (EU) gekappt. Es war bereits am 31. Januar 2020 offiziell aus der EU ausgetreten, blieb aber in der Zollunion, bis ein Handelsabkommen abgeschlossen werden konnte. Das geschah: Das 1.246 Seiten dicke Abkommen wurde an Heiligabend geschlossen, am 30. Dezember vom britischen Parlament ratifiziert und noch am selben Abend von der Königin unterschrieben. Das Abkommen gilt ab dem 1. Januar 2021, obwohl die Abgeordneten des Europäischen Parlaments es bis Februar noch abschließend absegnen müssen.

Viereinhalb Jahre nach dem Referendum vom Juni 2016, das den britischen EU-Austritt beschlossen hat, ist der Austritt also wirksam. Bei den vielen Wendungen während der letzten Verhandlungen, die einen rechtzeitigen Abschluss des Abkommens fraglich erscheinen ließen, gab es vor allem viel Show. Diese zielte darauf ab, der jeweils anderen Seite mit der Drohung eines „No Deal“ ein paar zusätzliche Zugeständnisse abzurufen: Die Fischerei, die zuletzt als Vorwand diente, um die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, stellt mit 12.000 Beschäftigten nur einen winzigen Teil des wirtschaftlichen Gesamtvolumens dar.¹ Schließlich trafen sich der britische Premierminister Boris Johnson und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen persönlich, um in letzter Sekunde eine Einigung zu erzielen, die die Herrschenden auf beiden Seiten des Kanals immer wollten.

Der Brexit: ein Ende des „Liberalismus“?

2016 hatten manche Linke das Brexit-Votum gegen das „neoliberale Europa“ begrüßt. Nun aber endet der Brexit mit einem umfangreichen Freihandelsabkommen. Waren werden weiterhin ohne Kontingente

oder Zölle über die Grenzen kommen, nur mit ein bisschen Papierkram und Kontrollen, wie es bereits in vielen Ländern der Welt der Fall ist. Am 1. Januar fuhren LKWs ohne große Verzögerungen weiter in beiden Richtungen durch den Kanaltunnel. Weit weniger aufgehalten übrigens als vierzehn Tage zuvor, als die EU beschloss, wegen einer neuen, ansteckenderen Form des Covid-Erregers nur noch getestete Fahrer*innen einreisen zu lassen.

Welche „Souveränität“?

Die Brexit-Freund*innen erzählen uns, dass das britische Parlament nun angeblich seine volle „Souveränität“ zurückerlange: Europäische Gesetze würden ihm nicht mehr „aufgezwungen“ und es könne seine eigenen Sozial-, Steuer- oder Umweltstandards verabschieden... entsprechend den Interessen der britischen Bourgeoisie. Denn es bleibt ein bürgerliches Parlament, unabhängig nicht so sehr von „der

« Die britischen Arbeiter*innen können nicht auf eine Abstimmung oder irgendein „souveränes“ Parlament zählen, sondern nur auf ihre Kämpfe, um die Dinge zum Besseren zu verändern. »»

Darüber hinaus hat die britische Regierung angekündigt, die Zahl der Freihandelsabkommen mit anderen Ländern zu erhöhen, und unter dieser Bedingung haben sich die meisten britischen Unternehmen mit dem Austritt aus der EU abgefunden. So wurde bereits im September ein Abkommen mit Japan verabschiedet.

EU“ als von der Arbeiter*innenklasse. Diejenigen, die „sozialere“ Gesetze und eine bessere Unterstützung des Gesundheitswesens versprochen haben, werden sich nun bald entlarven. Es stimmt, dass eines der ersten Gesetze, das gegen die alten europäischen Regeln verstieß, die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Tampons und Damenbinden war...



Von: www.wikipedia.de, User: Lassewillken

ohne sie aber wirklich kostenlos zu machen. Nach Angaben des britischen Finanzministeriums sparen Frauen dadurch 45 Euro... im Laufe ihres Lebens!

Gleichzeitig stehen die Krankenhäuser – wie in vielen anderen Ländern auch – wegen jahrelanger Unterbesetzung am Rande des Zusammenbruchs. Diese Unterbesetzung wird durch Corona noch verschärft, ist aber keineswegs das Produkt eines europäischen „Diktats“, sondern der bewussten Politik und freiwilligen Entscheidungen der britischen Bourgeoisie. Und das britische Parlament, so „souverän“ es auch sein mag, hat nicht die Absicht etwas dagegen zu tun. Die britischen Arbeiter*innen können nicht auf eine Abstimmung oder irgendein „souveränes“ Parlament zählen, sondern nur auf ihre Kämpfe, um die Dinge zum Besseren zu verändern.

Die neuen Gesetze, über die das britische Parlament berät, haben nichts Soziales: Freihäfen oder Subventionen für Unternehmer*innen (angefangen bei einer Industrialisierung der Fischerei um Marktanteile zu gewinnen). Kurz: alles eine unternehmensfreundliche Politik, ganz ähnlich wie in der EU. Und wenn die Regierung nun verspricht, für das Tierwohl (aber nicht das der Arbeitenden!) und für die Umwelt mehr zu tun als die EU, so bleibt abzuwarten, was daraus wird. Industrialisierung der Fischerei hilft jedenfalls weder dem Tierwohl noch der Umwelt.

Im Namen einer — sicher weitgehend eingebildeten — Dumping-Drohung aus Großbritannien hat die Europäische Union dennoch eine „No-Regression“-Klausel eingeführt. So wird ein „unabhängiges“ (aber unabhängig von wem?) Schiedsgericht berechtigt, Zölle auf bestimmte Produkte zu erheben, wenn

die neuen Vorschriften, Standards oder Subventionen zu einem „unfairen“ Wettbewerb führen. Die britische „Souveränität“ bleibt also begrenzt. Letztlich wird es vom Kräfteverhältnis zwischen den Bourgeoisien abhängen, wie streng dieses Schiedsgericht sein wird.

Das Finanzwesen – großer Verlierer oder Regisseur des Schauspiels?

Der Finanzsektor macht 7 % des britischen Bruttoinlandsprodukts aus, beschäftigt 1,1 Mio. Menschen und hat beste Verbindungen in die britische Regierung. Seit dem Abschluss des Abkommens behauptet die „Finanzindustrie“ der Londoner City trotzdem, der große Verlierer des Brexit zu sein. Sie werfen Boris Johnson vor, sie im Stich gelassen zu haben als er 2018 erklärt haben soll: „Fuck business!“. Ein Antikapitalist, der Boris? Das verhindern schon die aus der City stammenden Mitglieder

in seinem Kabinett. Tatsächlich verlieren britische Banken und Investmentfonds ihre EU-„Finanzpässe“, die es ihnen erlaubten, ihre Finanzprodukte ungehindert von ihrem Londoner Hauptsitz aus in der gesamten EU zu verkaufen. Die europäischen Regierungen haben ihr Veto gegen die Beibehaltung dieses freien Zugangs eingelegt. Von nun an wird es notwendig sein, eine Tochtergesellschaft in der EU zu gründen, um Zugang zu ihrem Finanzmarkt zu erhalten. Die kontinentale Bourgeoisie wollte die Gelegenheit nutzen, um durch den Brexit Finanzkonzerne nach Paris, Frankfurt oder Luxemburg statt nach London zu locken. Schon 2016, kurz nach dem Referendum, ließen sie Aufrufe in den Straßen Londons plakativ, den dortigen Nebel zu verlassen und zu ihnen zu kommen.

In Wirklichkeit kann die EU der City weiterhin eine sogenannte „Äquivalenz“ gewähren. Das ist eine Art Ausnahmeregelung, die jeweils den Zugang zu einem Finanzbereich (Börse, Versicherung, Leerverkäufe usw.) bietet. Von 39 existierenden Bereichen hat die EU dem Ver-

einigten Königreich bisher nur für zwei „Äquivalenz“ gewährt, während z.B. die USA „Äquivalenz“ in 23 Bewiesen sind, um ihre Kunden zu finden (Hedge-Fonds, Private Equity, etc.). Für sie ist das Ziel eine möglichst weitgehende Deregulierung, um die City zu einer Offshore-Finanzplattform zu machen und ihr Kapital noch ungehinderter um die Welt zu bewegen. Diese Firmen waren während des Referendums 2016 glühende Befürworter des Brexits und haben 57 % des Budgets der „Leave“-Kampagne finanziert.² Während also einige Linke gegen die Europäische Union kämpften, weil diese die „Souveränität der Völker“ zugunsten des Finanzsektors rauben würde, unterstützten wichtige Haie eben

reichen haben. Die EU hat die politische Entscheidung getroffen, hart zu sein, aber das könnte sich ändern. Die Post-Brexit-Verhandlungen haben gerade erst begonnen. Der Zugang zum europäischen Finanzmarkt ist für einige Finanzinstitute der City ein echtes Problem, insbesondere für „traditionelle“ Finanzakteure (Banken, Versicherungen, Maklerfirmen, Pensionsfonds usw.). Diese waren auch größtenteils für den Verbleib in der EU und wollen eine an die Europäische Union angeglichene Finanzgesetzgebung beibehalten. Aber ein anderer Teil des Finanzsektors feierte den Brexit.

Dies sind vor allem Firmen, die weniger auf die Finanzmärkte angewiesen sind, um ihre Kunden zu

◀◀ Während also einige Linke gegen die EU kämpften, weil sie die „Souveränität der Völker“ zugunsten des Finanzsektors rauben würde, unterstützten wichtige Haie dieser Branche auch den Brexit, um sich von der „Überwachung“ Brüssels zu befreien, die als zu einengend empfunden wurde. ▶▶



dieser Branche den Brexit, um sich von der „Überwachung“ Brüssels zu befreien, die als zu einengend empfunden wurde.

Ende der Personenfreizügigkeit?

Die wirkliche Veränderung beim Brexit betrifft vor allem die arbeitende Bevölkerung, zum Beispiel beim „Ende der Freizügigkeit“ zum 31. Dezember. Tatsächlich hat es die Personenfreizügigkeit mit dem Vereinigten Königreich, das nicht zum Schengen-Raum gehörte, nie wirklich gegeben. Geflüchtete, die von Frankreich nach England wollten, wissen das. Wie viele sind im Ärmelkanal ertrunken, im Kanal-tunnel stecken geblieben oder im Laderaum eines Lastwagens erstickt? Freizügigkeit gab es immer nur für Menschen mit dem richtigen Pass. Hier verschlechtert der Brexit die Situation

wird, hört man schon von Schwierigkeiten für Menschen, die Verfahren zu verstehen. Manche wissen gar nicht, dass sie betroffen sind oder dass ihr Baby auch angemeldet werden muss. Einige müssen haufenweise Papiere einreichen, um ihre Anwesenheit zu beweisen. Andere haben keine, weil sie schwarzarbeiten oder ein Zimmer ohne Vertrag untergemietet haben. Dies ist eine Situation, mit der illegalisierte Migrant*innen vertraut sind, wenn es darum geht, ihre Aufenthaltsdauer gegenüber den Behörden nachzuweisen. Nun könnten sich mehrere zehntausend EU-Bürger*innen in dieser Situation wiederfinden.

Mit dieser Erfassung wiederholt die britische Regierung übrigens ein Vorgehen, das 2018 einen Mini-Skandal

Gesundheitsversorgung ausgeschlossen.

Um sich künftig in Großbritannien niederzulassen und zu arbeiten, ist hingegen ein Jobangebot mit einem Jahresgehalt von mindestens 26.500 Pfund (oder 29.500 Euro) nachzuweisen. Da Unternehmer*innen nicht an der Ausbeutung von Saisonarbeiter*innen gehindert werden sollen, gibt es wenige Ausnahmen, z.B. in der Landwirtschaft. Das ist Einwanderung „à la carte“: Freizügigkeit für Führungskräfte und Reiche und ein Albtraum für Arbeiter*innen, die hoffen, in England besser über die Runden zu kommen als in ihren Herkunftsländern. Das war auch das Ziel der rassistischen UKIP (United Kingdom Independence Party³). Diese hatte den Brexit zu ihrem Hauptthema gemacht, mit einer Kampagne gegen bulgarische oder rumänische Einwanderer*innen führte, die den Briten angeblich Arbeitsplätze und Sozialleistungen stehlen würden. Auch auf dieser Grundlage wurde das Brexit-Referendum gewonnen: ein Sieg, der keineswegs ein Sieg für die Arbeiter*innen war.

« In Wirklichkeit hat es die Personenfreizügigkeit mit dem Vereinigten Königreich, das nicht zum Schengen-Raum gehörte, nie wirklich gegeben. Geflüchtete, die von Frankreich nach England wollten, wissen das. »

etwas – aber nicht für jede*n. Für Studierende ist der Erasmus-Austausch vorbei, aber Tourist*innen können weiterhin ohne Visum die Grenze überschreiten auch wenn die Aufenthaltsdauer nun auf 90 Tage innerhalb von sechs Monaten begrenzt ist.

Was die 3,7 Millionen EU-Bürger*innen betrifft, die bisher im Vereinigten Königreich lebten, so müssen diese sich bis Juni 2021 registrieren lassen. Wer seit mehr als fünf Jahren dort lebt, hat Anspruch auf eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung. Die anderen bekommen nur eine befristete Genehmigung und müssen den Prozess später erneut durchlaufen. Auch wenn das Aufenthaltsrecht eher leicht gewährt

um jamaikanische Einwander*innen der „Windrush“-Generation auslöste. Diese Generation von Migrant*innen ist benannt nach einem Schiff, das in den 1950er und 1960er Jahren Arbeiter*innen aus britischen Gebieten in der Karibik nach England brachte. Damals griffen die Unternehmen massiv auf Arbeitskräfte aus den Kolonien und ehemaligen Kolonien zurück. Während sie damals ohne jegliche Formalitäten und mit großen Versprechungen ankamen, mussten diese Arbeitenden sich 2012 aufgrund eines neuen Anti-Einwanderungsgesetzes plötzlich registrieren lassen. Viele hatten Schwierigkeiten damit, da sie nicht immer die richtigen Papiere aufgehoben hatten, und wurden ausgewiesen, eingesperrt oder von der

1 Sobald die wirklichen Fragen geklärt waren, zögerte Boris Johnson nicht, die Fischer fallen zu lassen, da die Europäer nur ein Viertel ihrer Fangquote abgeben müssen, und das schrittweise über fünf Jahre. Da aber nach 2026 die Aufteilung jedes Jahr neu verhandelt werden muss, kann Johnson behaupten, er habe die "Kontrolle" über seine Hoheitsgewässer zurückgewonnen. Die Verhandlungen und „historischen Schlachten“ sind also noch lange nicht zu Ende.

2 „Die Sponsoren des Austritts. Warum Teile der Londoner City den Brexit unterstützt haben“ von Marlène Benquet und Théo Bourgeron, Le monde diplomatique (deutsche Ausgabe), Januar 2021.

3 EU-feindliche, fremdenfeindliche, rechts-extreme Partei, deren Führer hauptsächlich aus den Reihen der Konservativen stammen. Ihre Wahlerfolge hatten den konservativen Premier-minister David Cameron veranlasst, das Brexit-Referendum 2016 abzuhalten, um deren Stimmen zu gewinnen.

Peter Bierl – „Die Revolution ist großartig“

Was Rosa Luxemburg uns heute noch zu sagen hat

Rechtzeitig zum 150. Geburtstag von Rosa Luxemburg stellt sich Peter Bierl, Journalist und linker Aktivist, der Frage, was sie uns heute noch zu sagen hat. Das Fazit gleich vorweg: Lesen. Unbedingt. Und dann Diskutieren. Mit allen, die es interessiert. Und es sollte möglichst viele interessieren. Wenn nicht, dann sorgt dafür, dass es viele interessiert. Gut – ist das erst mal geklärt.

23 Seiten Literaturverzeichnis auf knapp 300 Seiten Text sind schon mal eine Ansage. Und offensichtlich sollen die nicht nur Bücherfreund*innen beeindrucken – was sie durchaus tun. Respekt – der Typ scheint das wirklich alles gelesen zu haben. Anders wäre eine derart kenntnisreiche und fundierte Darstellung gar nicht zu leisten gewesen.

Peter Bierl bringt hier eine kurze, verständliche, pointierte und nachvollziehbare Darstellung der wichtigsten Debatten der Linken der Arbeiter*innenbewegung der letzten 150 Jahre, sofern sie einen Bezug zu

Rosa Luxemburg hatten und haben – und bringt sie in einen wirklich nutzbaren Bezug zu unseren Positionen sowohl von Lenin als auch von Luxemburg stark zu Dir!

« Am stärksten ist er immer dann, wenn er von der marxistischen Ökonomie und Luxemburg ausgehend heutige Debatten analysiert – Antirassismus, Reproduktionsarbeit, Care-Arbeit, Feminismus, Rassismus – lest es selbst. »

Am stärksten ist er immer dann, wenn er von der marxistischen Ökonomie und Luxemburg ausgehend heutige Debatten analysiert – Antirassismus, Reproduktionsarbeit, Care-Arbeit, Feminismus, Rassismus – lest es selbst.

Habe ich abweichende Positionen zum Autor?

Klar doch, habe ich. Dabei hatte ich meist das Gefühl, dass mich die Auseinandersetzung mit seinen Argumenten weiterbringt – auch wenn sie mich vielleicht auch nur in meiner eigenen Position bestärkt hat. So soll Debatte ja wohl sein.

Beispiel : Peter Bierl hält Lenin und den Leninismus für das Ei, aus dem schließlich Stalin und der ganze

Ich sehe Stalin eher als den Kuckuck, der die Revolutionäre umgebracht und aus dem Nest geworfen hat.

Ansonsten ganz großes Kino. Lest selbst – urteilt selbst. Für alle, die das Denken für das größte Vergnügen der Menschheit halten – das ist mal ein wirklich vergnügliches Buch.

Ihr wollt mehr von Rosa Luxemburg? Dann besucht unseren YouTube Kanal!





Ihr wollt mehr RSO? Wir sind persönlich und online erreichbar. Mehr Ideen findet ihr auf:

Unser Podcast:

Sozialismus oder Laberei



YouTube Channel:

Revolutionär Sozialistische Organisation



Unsere Betriebsflugblätter

KLARTEXT

www.klartext.sozialismus.net



Vitamin C

www.vitaminc.sozialismus.click



Zugfunke

www.zugfunke.sozialismus.click



Zünder

www.facebook.com/derzuender



Und natürlich über unsere Websites sowie Social Media Kanäle (siehe nächste Seite)

IMPRESSUM

Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Eigenvervielfältigung/Flyeralarm |
Verantwortlicher Redakteur: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin

VERANSTALTUNGEN

Regelmäßige Veranstaltungen gibt es über ZOOM als Onlinereferat zu den unterschiedlichsten Themen. Mehr Informationen und den Link zur Veranstaltung findet ihr unter folgenden Adressen:

Deutschland / Österreich

www.sozialismus.click / www.sozialismus.net



rsodeutschland / rso_organisation



rsodeutschland / rsoorganisation

Alle bisherigen Referate findet ihr auf
unserem YouTube Kanal:
Revolutionär Sozialistische Organisation

Nächste Veranstaltungen

ONLINE, 21.01.2021

um 19Uhr

Die russische
Oktoberrevolution

ONLINE, 18.02.2021

um 19Uhr

Die deutsche
Revolution 1918

Links auf Anfrage



WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter*innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unter-

schiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg*innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist*innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextrémismus und gegen Umwelterstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau

Ihr erreicht uns in
Deutschland unter:

info@sozialismus.click
www.sozialismus.click

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net
www.sozialismus.net

einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter*innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr auf www.sozialismus.click/was-wir-wollen/